

Eine aktive Politik für die Zukunft der Industrie

Die Industrie unseres Landes steckt in einem tiefgreifenden Wandel. Klimaschutz, Digitalisierung, Turbulenzen auf den internationalen Märkten und technologischer Wandel verändern alles. Und die Corona-Krise beschleunigt diesen Wandel. Die Transformation trifft viele Regionen und viele Branchen der IG Metall von der Automobilindustrie über den Maschinenbau, die Stahlindustrie oder die Luftfahrtbranche bis hin zu den vielen Zulieferbetrieben der Metall- und Elektroindustrie.

Die Politik muss den Wandel aktiv begleiten und gestalten, mit Blick auf gute Arbeit der Zukunft und Klimaschutz. Es gilt, die klimaneutrale Industrie der Zukunft zu bauen. Und es gilt, sie hier bei uns in Deutschland und Europa zu halten, damit industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland eine Zukunft haben – und der Wandel unseren sozialen und ökologischen Standards gerecht wird. Die Transformation darf nicht den freien Marktkräften überlassen werden, sie muss sozial, ökologisch und demokratisch gestaltet werden, mit den Beschäftigten gemeinsam. Sonst drohen massive gesellschaftliche Verwerfungen und Wohlstandsverluste.

Eine aktive Industriepolitik braucht Planungssicherheit, eine kluge und verlässliche Regulierung. Sie braucht Förderinstrumente, die Standorte, Beschäftigung und gute Arbeit sichern und zukunftsfest weiterentwickeln, die an Kriterien sozial verantwortlicher und nachhaltiger Unternehmensführung orientiert sind, den ökologischen Umbau fördern und vollständige industrielle Wertschöpfungsketten in Deutschland bzw. Europa zum Ziel haben. Sie braucht dabei einen fairen wettbewerbspolitischen Rahmen, der der Politik nicht alle Instrumente der Steuerung und Abfederung aus der Hand schlägt. Dazu fordern wir:

- Öffentliche Förderpolitik, Forschungs- und Innovationsförderung entlang der gesamten industriellen Wertschöpfungskette weiterentwickeln mit dem Ziel, die industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung im Land zu sichern und aufzubauen. Auf diesem Weg auch private Investitionen generieren.
- Branchenspezifische Fördermaßnahmen und anwendungsbezogenen Förderpolitik ausbauen, z.B. Transformationsfonds für die Umstellung auf grünen Stahl, Orientierung der Luftfahrtforschung auf CO₂-armes Fliegen, Ausgestaltung des Deutschen Zentrums für Schienenverkehrsforschung.
- Staatliche Beteiligungen und öffentliche Förderpolitik an Kriterien binden: Standort- und Beschäftigungssicherung, Aufbau geschlossener Wertschöpfungsketten, Gute Arbeit, gute Unternehmensführung, ökologische Nachhaltigkeit.
- Öffentliches Beschaffungswesen als Vorbild und Vorreiter einer sozialen und ökologischen Transformation ausgestalten.
- Öffentliche Investitionen in Infrastrukturen erhöhen, v.a. für die Sicherung und den Ausbau öffentlicher Verkehre, für ein Lade- und ein H₂-Netz, für die Sicherung kritischer Infrastrukturen.
- Kritische Infrastrukturen über (erweiterte) Regelungen der Außenwirtschaftsverordnung schützen; schleichende Verlagerungen von Produktions- und Entwicklungskapazitäten und Know-How verhindern.
- Resiliente Lieferketten aufbauen; Potenziale der heimischen Industrie nutzen (wie z.B. der Bahnindustrie für Schienennetz, Stellwerke sowie Verkehrssteuerungs- und

Leitsystem, der Raumfahrt für die Satellitennavigation oder der Maschinen des deutschen Textilmaschinenbaus für die Produktion von Schutzkleidung und Masken).

- Rohstoffversorgung langfristig strategisch sichern, Kreislaufwirtschaft fördern.
- Bereits beschlossene Konzepte wie die nationale Industriestrategie 2030, die Digitalisierungs- und Wasserstoffstrategien oder das Handlungsprogramm Stahl zügig umsetzen
- Über einen staatlichen Transformationsfonds mithilfe von Beteiligungen zusätzliche private Investitionen zur Bewältigung der Transformation stimulieren

Die neue Bundesregierung sollte sich auch für die Reform der europäischen Wettbewerbs-, Beihilfe- und Vergabepolitik einsetzen:

- Die europäische Wettbewerbspolitik (insbesondere Kartell- und Fusionsrecht) sollte den *globalen* Wettbewerb als Bezugsrahmen wählen und die Bündelung europäischer Kräfte, also „Europäische Champions“, erlauben.
- Das europäische Wettbewerbsrecht muss eine aktive Industriepolitik der Mitgliedsstaaten zur Gestaltung der Transformation erlauben, z.B. bei der Überarbeitung der Leitlinien für Umweltschutz- und Energiebeihilfen oder bei der Aktualisierung der Beihilfavorschriften im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation (FuEu).
- Die geplante Reform der EU-Beihilfen muss den Mitgliedsstaaten in Zukunft größtmögliche Entscheidungsfreiheit einräumen, um den betroffenen Regionen, auch strukturstarke, Fördermittel zur Verfügung zu stellen

Für eine regionale Strukturpolitik

Mit Wucht trifft der Strukturwandel Regionen, deren industrielle Wertschöpfung in Folge der Transformation an Bedeutung verliert. Nicht nur die Industriebetriebe und ihre Beschäftigten sind betroffen. Ganze Regionen leiden dann unter den Folgeeffekten, vom kleinen Zulieferer über den Einzelhandel bis zur Dienstleistungsbranche. Nur wenn hier frühzeitig gegengesteuert wird, kann ein solcher Wandel erfolgreich bewältigt werden.

Eine aktive regionale Strukturpolitik unter Beteiligung von Gewerkschaften, Betriebsräten und zentralen wirtschaftlichen Akteuren einer Region soll und kann regionale Entwicklung voranbringen. In regionalen Transformationsnetzwerken und -bündnissen sollten Strategien und Konzepte für Regionen entwickelt und die Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische, bei der Orientierung auf zukünftige Produkte, Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten unterstützt werden. Eine solche regionale strukturpolitische „Governance“ sollte von Bund, Ländern und Europäischer Union auch finanziell unterstützt werden, etwa durch regionale Transformationsfonds.

Daran knüpft auch eine regionale Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik an. In regionalen Weiterbildungsverbänden müssen Angebote für die Belegschaften von heute gemacht werden, die sie in die Jobs von morgen begleiten. Regionale strukturpolitische Governance ist dabei nicht nur in akut strukturschwachen Regionen erforderlich, sondern überall dort, wo in Betrieben, Branchen und Wirtschaftsregionen Veränderungen dominierender Wertschöpfungs- und Geschäftsmodelle sichtbar werden. Strukturpolitik darf sich nicht auf eine einseitig technikzentrierte Förderung von F&E, Spitzenclustern und Grundlagenforschung beschränken.

Sie muss Beschäftigung sichern, Beschäftigten Perspektiven geben und gute Arbeit in den Regionen fördern.

An technischen und betriebswirtschaftlichen Ideen und Ansatzpunkten mangelt es in der Regel nicht. In der Automobil- und Zulieferindustrie sind etwa Leistungs- und Mikroelektronik, Batteriefertigung, Recycling- und Aufbereitungsmodelle oder vielfältige Mobilitätsdienstleistungen zu nennen. In der Luftfahrtindustrie, in der Bahnindustrie und im Schiffbau geht es ebenfalls um alternative Antriebstechnologien, um den Einsatz von Wasserstoff, Lärminderung oder Leichtbautechnologien. Und im Maschinen- und Anlagenbau eröffnen sich bei der Kopplung und Verzahnung aller Energie- und Wärmesektoren, bei Speichertechnologien, Stromnetzen oder der Gebäudetechnik potenzielle Zukunftsmärkte. Wir fordern:

- Transformationsfonds für Regionen des Wandels öffentlich zu finanzieren; dabei können die Erfahrungen mit den Modellregionen, die nun aus dem Zukunftsfonds Automobil gefördert werden, zugrunde gelegt werden;
- regionale Transformationsnetzwerke zu gründen und ihre Arbeit zu unterstützen;
- die neu eingerichteten regionalen Weiterbildungsverbände weiterzuführen und finanziell ausreichend auszustatten;
- die Beratung für Betriebsräte und Möglichkeiten zur Hinzuziehung von externen Sachverständigen weiter auszubauen und zu finanzieren.

Für eine faire Handelspolitik

Auch die Handelspolitik ist enorm relevant für eine aktive, strategische Industriepolitik. Sie muss einen wirklich fairen Wettbewerb garantieren und ein Dumping sozialer und ökologischer Standards unbedingt verhindern. Sonst werden alle Bemühungen auf nationaler Ebene konterkariert. Alle Handelsabkommen müssen auf einen sozial und ökologisch gut regulierten Handel hinarbeiten. Die neue Bundesregierung muss sich auf europäischer Ebene in diesem Sinne einsetzen. Europäische Handelspolitik muss neben einem klimapolitischen auch für ein sozialpolitisches „level-playing-field“ sorgen und dazu ihr Handelsschutzinstrumentarium konsequent anwenden und weiterentwickeln.

- Bei der Verhandlung der anstehenden Freihandelsabkommen müssen soziale und demokratische Rechte sowie der Schutz von Umwelt, Verbrauchern und Arbeitnehmer*innen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.
- Unterschiedliche internationale Levels an klimapolitischer Regulierung können durch ein CO₂-Grenzausgleichssystem ausgeglichen werden (*Carbon Border Adjustment Mechanism*). Dieses muss WTO-konform ausgestaltet sein, um handelsrechtliche Verwerfungen zu verhindern.
- Das jüngst verabschiedete Lieferkettengesetz für Sorgfaltspflichten der Unternehmen zu fairen Standards entlang ihrer Lieferkette muss weiterentwickelt werden. Denn es verpflichtet erst ab 2023 Unternehmen ab 3.000 Beschäftigte und erst ab 2024 Betriebe ab 1.000 Beschäftigte. Eine zivilrechtliche Haftung ist nicht vorgesehen. Und Risiken bei mittelbaren Zulieferern müssen nur analysiert werden, wenn eindeutige Kenntnisse von Menschenrechtsverletzungen vorliegen. Diese Lücken sollten geschlossen werden. Die Bundesregierung sollte außerdem ein europäisches Lieferkettengesetz unterstützen.

Beispiel Maschinen- und Anlagenbau – Zukunft einer Kernbranche

Der Maschinen- und Anlagenbau ist mit über einer Million Beschäftigten eine zentrale Branche der deutschen Industrie und Innovationstreiber. Neben der Corona-Krisenbewältigung steht der Maschinenbau vor weiteren Herausforderungen. Der Weg zur Klimaneutralität bietet Chancen für einige Teilbranchen. Veränderte Antriebe und Mobilitätskonzepte beeinflussen zudem die Zukunftsaussichten für Zulieferer der Automobilindustrie aus dem Maschinen- und Anlagenbau. Fragen der Digitalisierung und der Plattformökonomie zwingen den mittelständischen Maschinen- und Anlagenbau bei der technologischen Entwicklung Schritt zu halten. Und die Fachkräftesicherung ist zentral, hat bei vielen Unternehmen aber leider noch keine Priorität. Das spüren vor allem die Auszubildenden. Viele Unternehmen drohen mit Verlagerung ins Ausland.

- Zugang zu Liquiditätshilfen erleichtern: Eine starre Regelung orientiert an Stichtagen ist nicht geeignet, um die industrielle Entwicklung im Maschinen- und Anlagenbau zu stabilisieren und positiv zu beeinflussen. Vielmehr müsste die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens eine viel größere Rolle spielen. Es gilt, Förderkonditionen zu prüfen und anzupassen. Politisch fördern, dass kritische Technologien und ihre Lieferketten im Sinne der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit vor Ort vorgehalten werden.
- Der Maschinen- und Anlagenbau muss die von GreenTech gebotenen Chancen für Wachstum und Beschäftigung stärker als bisher nutzen und sich vor allem auf dem Feld der regenerativen Energien und der nachhaltigen Mobilität weitere neue Märkte erschließen. Die im Zusammenhang mit der Konzertierte Aktion Mobilität (KAM) gefassten Beschlüsse müssen auch dem automobilnahen Maschinenbau zu Gute kommen.
- Damit keine Arbeitsplätze auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft verloren gehen, müssen die Verpackungsmaschinenbauer mit Förderprogrammen unterstützt werden, ihre Produkte umzustellen.
- Im Energieanlagen- und Kraftwerksbau sollten Innovationen in neue Energietechnik gefördert werden, zum Beispiel für Hochtemperaturwärme, Kraft-Wärme-Koppelung oder Kohlenstoffnutzung in der Industrie.
- Der mittelständisch geprägte Maschinenbau steht einer Konkurrenz der großen amerikanischen IT-Konzerne gegenüber. Industriepolitisch ist eine Unterstützung von kleinen und mittleren Maschinenbauern im Hinblick auf Beratungs- und Netzwerkangebote oder Investitionshilfen zur Beteiligung von bisher „nicht-plattform-affinen“ KMU aus dem Maschinen- und Anlagenbau notwendig.

Beispiel Stahlindustrie – Industriepolitik als Querschnittspolitik

Die Stahlindustrie bietet Zehntausenden Menschen Arbeit mit hohen sozialen Standards und trägt viel zur Wertschöpfung in den Regionen bei. Aufgrund ihrer enormen CO₂-Emissionen ist die Erneuerung der Stahlproduktion ein zentraler Hebel der Dekarbonisierung. Ihr Umbau erfordert gewaltige Investitionen, die diese Industrie nicht alleine aufbringen kann. Sie wird mit stark erhöhten operativen Kosten zu kämpfen haben. Damit der Umbau gelingt, muss diese Industrie in ihrer Transformation unterstützt werden. Sie muss in der internationalen Konkurrenz dabei auch geschützt werden, damit sie nicht durch Carbon-Leakage und Öko-Dumping im Umbau zugrunde geht.

- Eine Investitionsförderung in erheblichem Umfang wird unumgänglich sein. Der gesamte Investitionsbedarf der Stahlindustrie liegt bei rund 30 Milliarden € bis zum Jahr 2050. Die Förderprogramme müssen jetzt schnell ausgeweitet werden, um Planungssicherheit zu schaffen. Sonst werden die Investitionsentscheidungen in den Unternehmen nicht getroffen. Wir fordern einen Transformationsfonds für die Stahlindustrie, ausgestattet mit 10 Milliarden € bis 2030.
- Bei der Dekarbonisierung der Stahlindustrie durch Wasserstoff braucht es einen schnellen Ausbau der Wasserstoffkapazitäten und einer entsprechenden Infrastruktur, um den grünen Wasserstoff auch zu den Verbrauchern zu bekommen. Für die grüne Stahlproduktion werden große Mengen erneuerbarer Energien benötigt. Daher ist bezahlbarer Strom aus erneuerbaren Energien nötig, ihr massiver Ausbau ist zentral.
- Die Produktion von Stahl mit Wasserstoff als Reduktionsmittel statt Kohle ist erheblich teurer. Auch wenn damit zu rechnen ist, dass sich die Kosten für grünen Wasserstoff mit dem Markthochlauf verringern werden, müssen für die Übergangsphase Instrumente zur Verfügung gestellt werden, die eine wirtschaftliche Herstellung von Stahl ermöglichen. Dazu sind Klimaschutzverträge (Carbon Contracts for Difference) ein geeignetes Mittel.
- Grüne Leitmärkte schaffen, z.B. durch öffentliches Beschaffungswesen („green procurement“), Quoten für den Einsatz von grünem Stahl prüfen.
- Um Investitionsverlagerungen insbesondere im Bereich energieintensiver Industrien aus der EU in Länder mit weniger ambitionierter Klimapolitik zu verhindern, wird derzeit ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism) auf europäischer Ebene geplant. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass dabei die Schutzwirkung der bisherigen Instrumente erhalten bleibt und zu keinem Zeitpunkt eine „Schutzlücke“ entsteht.
- Das Handlungskonzept Stahl der Bundesregierung adressiert die notwendigen Instrumente. Diese müssen jetzt sehr schnell und ganz konkret umgesetzt werden, damit der Weg für die Investitionsentscheidungen in der Stahlindustrie frei wird.

Beispiel Luftfahrtindustrie – Branchenpolitik als Innovationspolitik für Beschäftigung

Die Luftfahrtindustrie bietet über Hunderttausend Menschen qualitativ hochwertige Arbeit und trägt zur Wertschöpfung in ganz Deutschland bei. Aktuell müssen die durch die Pandemie verursachten massiven Schwierigkeiten gelöst werden. Notwendig ist es aber auch jetzt, den Pfad zum CO₂-armen Fliegen zu entwickeln und zügig zu beschreiten. Industrie und Politik müssen zusammen mit den Beschäftigten die ökologische Transformation angehen.

- Für einen sicheren Neustart des Luftverkehrs ist die Definition globaler Reisetandards nötig.
- Forschungs- und Investitionsförderung sind auszubauen, u.a. sollte das Luftfahrtforschungsprogramms in Richtung CO₂-armes Fliegen neu justiert werden; Justierung der Schwerpunkte auch des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR).
- Das Zusammenwirken von Industrie und exzellenter Forschungslandschaft muss auf neue Beine gestellt werden; noch immer verstauben wertvolle Forschungsergebnisse.
- Forschung muss v.a. bei Antrieben, ökologischen Kraftstoffen, Materialien und Flugzeugdesign intensiviert werden.
- Ausbildungs- und Studiengänge sowie die Weiterbildung für die Fachkräfte von heute müssen modernisiert werden.